

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/4863 –**

Neue Wege in der Technologieförderung ergreifen – Deutschland als Technologiestandort stärken

A. Problem

Effizienzverbesserung durch externe Evaluation der Technologieförderung, Bürokratievermeidung durch One-Stop-Agency, Wettbewerbs- und Exzellenzorientierung, Neuausrichtung der Subventionspolitik, bessere Verzahnung verschiedener Fördersysteme mit gemeinsamem Internetportal, gemeinsame Förderkriterien in der EU, Ausbau der Start-up-Förderung, Innovationsfonds zur besseren wirtschaftlichen Verwertung akademischer Forschung, keine Verschlechterungen bei Wagniskapital und unternehmerischer Fremdfinanzierung durch die geplante Unternehmensteuerreform.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/4863 abzulehnen.

Berlin, den 20. Juni 2007

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Dr. Heinz Riesenhuber
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Heinz Riesenhuber

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/4863** wurde in der 98. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. Mai 2007 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Nach Ansicht der Fraktion der FDP ist die deutsche Wirtschaft im globalen Wettbewerb in den Bereichen führend, welche ihre Wachstumsphase schon überschritten hätten. In Feldern wie der Computer- und Unterhaltungselektronik liege man dagegen weit zurück. Außerdem seien die staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung seit Jahren rückläufig und die Förderung von Technologien maßgeblich durch Wunschvorstellungen in den Bundesministerien geprägt. Die Antragsteller fordern daher in ihrem Antrag, die Technologieförderung des Bundes einer umfassenden Evaluation zu unterziehen und dies langfristig zu einem regelmäßigen Controllingsystem auszubauen. Ferner sollen der Subventionsbegriff breiter gefasst und trotzdem klare Prioritäten und Nachrangigkeiten für die Förderung definiert werden. Die einzelnen Fördersysteme sollen besser verzahnt werden und Subventionen im Technologiebereich sollen auf die Förderung technologischer Innovationen ausgerichtet werden. Zur Förderung der Übersichtlichkeit bei Förderprogrammen schlägt die Fraktion der FDP weiterhin die Schaffung eines gemeinsamen Internetportals aller Bundesministerien vor. Außerdem wird der Bundesregierung empfohlen, sich aus Eigenentwicklungen von IT-Produkten zurückziehen und sich auf gemeinsame Standards zu konzentrieren. Auf europäischer Ebene sollen gemeinsame Technologieförderkriterien entwickelt und grenzüberschreitende Technologieförderprojekte realisiert werden. Ferner soll die Lücke zwischen Forschung und wirtschaftlicher Verwertung durch einen Innovationsfonds geschlossen sowie der Hightech-Gründerfonds weiter ausgebaut werden. Schließlich fordern die Antragsteller, die Einschränkungen für Private Equity- und Risikokapitalfonds im Rahmen der Unternehmensteuerreform zu unterlassen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/4863 verwiesen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 39. Sitzung am 20. Juni 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/4863 in seiner 40. Sitzung am 20. Juni 2007 abschließend beraten.

Die **Fraktion der FDP** machte deutlich, dass die deutsche Wirtschaft im Bereich der Spitzentechnik stagniere und teilweise sogar rückläufig sei. Außerdem würden die Anstrengungen der Bundesregierung auch im Hinblick auf die kleinen und mittleren Unternehmen nicht ausreichen. Technologieförderung könne letztendlich keine Strukturförderung ersetzen. Es mangle an einer umfassenden externen Evaluation der bestehenden Förderprogramme. Staatliche Gelder müssten Anschubfinanzierungen sein und nicht Dauerförderungen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** merkte an, dass eine One-Stop-Agency sowie die Aufhebung der Doppelstrukturen zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und dem Bundesministerium der Finanzen sinnvoll seien. Es sei eine weitverbreitete Meinung in der Bundesrepublik Deutschland, dass die Gründungsförderung in Deutschland beachtenswert sei, die Erhaltungsförderung gerade im Bereich der innovativen Technologien aber zu kurz greife. In jedem Fall sei eine Konzentration der Internetportale, wie in dem Antrag beschrieben, sinnvoll. Jedoch stimme man der Analyse der Fraktion der FDP, dass Innovationsförderung in Deutschland durch Skepsis in der Bevölkerung behindert werde, nicht zu.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** betonten, dass der Antrag neben einigen richtigen Punkten viele Verzerrungen enthalte. So habe man z. B. für die stärkere Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen bereits entsprechende Schritte eingeleitet. Die Mittelabflüsse 2006 hätten entgegen der Auffassung der Fraktion der FDP zu 95 Prozent stattgefunden. Außerdem sei die angesprochene externe Evaluation längst in Auftrag gegeben. Eine Ausweitung des Subventionsbegriffes werde als nicht sinnvoll erachtet. Die Strategie der Bundesregierung gehe weit über die einzelnen Förderprogramme hinaus und schaffe Rahmenbedingungen, in denen sich Technologien in einer offenen Welt dynamisch entwickeln könnten. Daher sei ein umfassender Ansatz unverzichtbar und die Konzentration auf einzelne Programme zu wenig. Es sei mit Ausnahme der Schlüsseltechnologien falsch, wenn der Staat festlegen würde, welche Technologien man fördere und welche nicht. Der Ansatz einer breiten Technologieförderung sei der richtige Weg.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/4863 zu empfehlen.

Berlin, den 20. Juni 2007

Dr. Heinz Riesenhuber
Berichterstatter

